

Drucken Leserbrief Als E-Mail senden Schließen

Betreuungsverein Minden schlägt Alarm

Veraltete Rahmenbedingungen / Kaum noch Zeit für Betroffene / Heimische Bundestagsabgeordnete versprechen Hilfe



Setzen sich mit rechtlicher Betreuung auseinander: Achim Post, Susanne Leimbach, Anette Tenspolde, Silke Schönfeld, Matthias Nolte und Steffen Kampeter (v.l.). Foto: pr.

Minden (mt/um). Menschenwürdige Betreuung ist kaum noch möglich. Deshalb schlägt der Betreuungsverein des Sozialdienstes katholischer Frauen in Minden jetzt Alarm. Es gibt immer mehr rechtliche Betreuungen, die Rahmenbedingungen werden jedoch immer schwieriger.

Mit der Aktion „Leihen Sie uns Ihr Ohr“, wollen Betreuer und Betreute über ihre Situation berichten. In Form von besonders gestalteten Karten sollen Schicksale von Betroffenen sowie die Arbeit der Betreuer gesammelt und später öffentlichkeitswirksam präsentiert werden.

„Kaum eine Personengruppe wird so wenig wahrgenommen, wie die unter rechtlicher Betreuung stehenden Menschen“, begründet Susanne Leimbach, Geschäftsführerin des Caritasverbandes Minden, diese Initiative. Die Aktion „Leihen Sie uns Ihr Ohr“ möchte daran etwas ändern.

Die Zahl der Menschen, für die Gerichte einen rechtlichen Betreuer bestellen, ist seit dem Jahr 2000 in Deutschland um 30 Prozent gestiegen – auf aktuell rund 1,3 Millionen Menschen. „Der Bedarf an rechtlicher Betreuung wird in den

nächsten Jahren noch deutlich zunehmen“, so Susanne Leimbach weiter.

Grund sei neben der demografischen Entwicklung die steigende Zahl von Single-Haushalten. Besonders auffällig ist die Häufung „schwieriger Fälle“. Dazu zählen insbesondere Personen, die psychisch krank oder suchtabhängig sind.

Doch für zeitaufwendige Betreuungen ist das seit 2005 geltende Finanzierungsmodell nicht ausgelegt.

„Nur zu deutlich ist spürbar, dass die vom Gesetzgeber vorgesehene Zeitpauschale den Bedürfnissen und Nöten der Betreuten längst nicht mehr entspricht“, so Susanne Leimbach. Gerade für Betreuungsvereine, die sich in der Regel langfristig um Betroffene kümmern, hat sich dieses Modell mit seinen fixen Zeitpauschalen als Falle erwiesen. Die Folge: 80 Prozent der katholischen Betreuungsvereine schreiben inzwischen rote Zahlen.

Für einen längerfristig Betreuten im Heim stehen beispielsweise nach diesem Modell etwa zwei Stunden Zeit pro Monat zur Verfügung. „Nur ein einzelner Besuch bei Betroffenen dauert hier im ländlichen Raum inklusive Fahrtzeit schon so lange“, erklärt Silke Schönfeld, Mitarbeiterin im Betreuungsverein. Kommen dann Behördengänge dazu, sei die Zeit schnell überschritten.

„Rechtliche Betreuung soll nach dem Willen des Gesetzgebers mehr sein als das Verwalten des Taschengeldes“, betont Susanne Leimbach.

Die aktuellen Rahmenbedingungen wiesen allerdings genau in diese Richtung. In der Praxis seien die Träger aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, immer mehr Betreuungen zu übernehmen. „Dies kann aber keine Perspektive für eine respektvolle, den Menschen zugewandte Betreuung sein.“

Politiker versprechen Unterstützung

Grund genug für die katholischen Betreuungsvereine, Alarm zu schlagen. Aus diesem Grund hat der Sozialdienst katholischer Frauen die beiden heimischen Bundestagsabgeordneten Steffen Kampeter, CDU und Achim Post, SPD nach Minden eingeladen. In einem Gespräch wurden die Probleme des Betreuungsvereins angesprochen.

Die Thematik konnte anhand von Beispielen aus dem Betreuungsalltag lebensnah dargestellt werden.

Die Abgeordneten versprachen sich für eine Beschleunigung der nötigen Gesetzesänderung einzusetzen. In Anspielung auf die Aktion „Leihen Sie uns ihr Ohr“ gab es zum Abschluss des Gespräches für die Abgeordneten eine Packung Wattestäbchen mit dem Slogan.

kath-betreuungsvereine.de

Drucken Leserbrief Als E-Mail senden Schließen